

# Übergriffe auf dem Pausenplatz

## Bildungsfachleute sind sich nicht einig, wie oft das vorkommt

# Schauen die Schulbehörden im Aargau bei Balkan-Machos einfach weg?

Jugendliche vom Balkan beleidigen und begrabschen ihre Mitschülerinnen in der Schweiz- dies berichtete die «Sonntagszeitung». SVP-Grossrat René Bodmer will wissen, ob es auch im Aargau solche Fälle gibt. Die Antworten von Bildungsdepartement, Lehrerverband, Schulpflegepräsidenten und einer Expertin für Nacherziehung fallen sehr unterschiedlich aus.

VON FABIAN HÄGLER

**R**ené Bodmer war vier Jahre selber Schulpfleger. Dennoch war er schockiert, als er in der «Sonntagszeitung» las, dass Jugendliche aus dem Balkan an einer Ostschweizer Schule Mädchen als «Nutte» beschimpfen und ihnen an die Brüste oder zwischen die Beine greifen.

Für den SVP-Grossrat aus Arni ist klar: Auch im Aargau gibt es immer häufiger verbale und handgreifliche Übergriffe von Jugendlichen, die aus dem Balkan stammen. Opfer sind laut einer Interpellation, die Bodmer beim Regierungsrat eingereicht hat, Mädchen und Lehrerinnen. Er will von der Regierung nun wissen, wie oft dies in den letzten fünf Jahren vorgekommen sei, aus welchen Ländern die Täter stammen, welche Massnahmen gegen sie ergriffen und wie die Opfer betreut wurden.

### «Nicht wirklich schlimm»

In der Sendung «TalkTäglich» auf Tele MI diskutierte Bodmer dieses Thema mit Elisabeth Abbassi, der Präsidentin des kantonalen Lehrerverbands. Mit seinem Vorstoss wolle er bezwecken, dass man von «der Kultur des Wegschauens» wegkomme. «Ich will, dass man hinschaut, dass man einschreitet.»

Elisabeth Abbassi entgegnete, im Aargau sei «die Situation nicht wirklich schlimm». Bei der Beratungsstelle des Lehrerverbands sei dies kein Thema. Zahlen zu Übergriffen,

wie sie Bodmer kritisiert, habe der Lehrerverband nicht. Abbassi hält auf Nachfrage fest: «Es ist weniger eine Frage der Balkan-Machos als vielmehr eine Frage der Sozialschicht, der Perspektiven, der Erziehung, der Schulen und der Gesellschaft.» Sie bestreitet, dass solche Übergriffe öfter von Jugendlichen verübt würden, die dem Islam angehören - dies behauptet Bodmer.

Abbassi betont: «Fehlerhaftes Verhalten der Schüler schleicht sich oft ein, wenn man nicht den Anfängen wehrt.» Deshalb seien eine klare Haltung und ein frühzeitiges Grenzsetzen extrem wichtig. «Wir haben in Wildegg, wo ich Schulleiterin bin, diesen Monat eine Weiterbildung zu diesem Thema gemacht», erläutert Abbassi. Dabei sei an einer gemeinsamen Haltung gearbeitet worden, die dann für die verschiedenen Stufen verbindlich sein soll.

### «Keine Fälle bekannt»

Simone Strub, Mediensprecherin im Bildungsdepartement, relativiert das Problem der Balkan-Machos. «Uns sind keine Fälle bekannt, wo das Inspektorat oder der schulpsychologische Dienst zugezogen worden wären.» Auch in die regionalen Spezialklassen, wo Schüler bei schwerwiegenden Problemen in der Regelklasse vorübergehend platziert werden, seien bisher keine Jugendlichen wegen solcher Übergriffe auf Mädchen eingewiesen worden. «Wir können also keinen diesbezüglichen Trend feststellen», sagt Strub. Damit wolle das Bildungsdepartement nicht ausschliessen, dass solche Fäl-

le auch an Aargauer Schulen vorkämen. «Das Ausmass scheint sich aber in Grenzen zu halten und kann von den Schulen und Lehrpersonen in Eigenregie gehandhabt werden», betont Strub. Es gebe verschiedene Anlaufstellen für Schulen, wenn sie mit Jugendlichen Themen wie Mobbing, Ausgrenzung, Demütigung, Herabsetzung, Grenzverletzungen und Rollenverständnis präventiv bearbeiten wollen. Strub ergänzt: «Viele Schulen verfügen über Schulsozialarbeit und Präventionskonzepte, wo solche Themen aufgenommen werden können. Bei wiederholten oder schwerwiegenden Problemen können der schulpsychologische Dienst und das Inspektorat Unterstützung leisten.»

### «Täter oft aus dem Balkan»

Franco Corsiglia, Präsident des Verbandes Aargauer Schulpflegepräsidenten und selber Schulleiter an der Oberstufe Unteres Aaretal, hält fest: «Grundsätzlich gibt es solche Probleme sicher auch an Aargauer Schulen.» Er könne jedoch keine spezifische Schule oder aktuelle Fälle nennen. Weder beim Verband der Schulpflegepräsidenten noch bei den Schulleitungen gebe es Erhebungen zu diesem Thema.

Die Frage, ob es sich bei Tätern in solchen Fällen hauptsächlich um Balkan-Machos handle, beantwortet Corsiglia anders als Lehrerverbandspräsidentin Abbassi. «Kulturell bedingt, sind sehr oft Jugendliche mit Migrationshintergrund, oft aus dem Balkan oder der Türkei in solche Fälle verwickelt.» Corsiglia betont

aber, «es wäre falsch, nur diese Gruppe hervorzuheben». Auch bei Jugendlichen aus anderen Kulturkreisen sowie bei Schweizern würden dieselben Phänomene registriert. «Vieles hat mit der Wertevermittlung, oder eben der fehlenden Wertevermittlung, in den Elternhäusern zu tun», sagt Corsiglia.

### «Dunkelziffer ziemlich hoch»

Nach diversen Gesprächen mit Schulverantwortlichen geht Corsiglia davon aus, «dass die Dunkelziffer bei solchen Fällen wohl recht hoch sein dürfte. Einiges passiert auf dem Pausenplatz, kommt jedoch, wenn die Fälle nicht sehr massiv sind, gar nicht erst zur Anzeige.» Gründe könnten Angst oder Schamgefühle bei den betroffenen Opfern sein.

Wenn ein Fall gemeldet werde, «wird der Tatbestand erst einmal klar abgeklärt», erläutert Corsiglia. Je nach Schwere des Falles könne dies zu einer Anzeige bei der Polizei führen. Dies geschehe durch die Schule selber, häufiger seien hingegen Anzeigen von Eltern. «In leichteren Fällen gibt es geleitete Gespräche zwischen Täter und Opfer, Elterngespräche und der Tat entsprechende, disziplinarische Massnahmen», führt der Schulpflegepräsident aus. Täter könnten verpflichtet werden, ein Entschuldigungsschreiben zu verfassen, Arbeitseinsätze zu leisten oder Präventionsangebote zu besuchen.



TalkTäglich zum Thema auf aargauerzeitung.ch



Wie häufig werden Mädchen im Aargau von Jugendlichen aus dem Balkan beschimpft und

## «Jugendliche

Nachgefragt Sefika Garibovic

VON FABIAN HÄGLER

Vor 29 Jahren kam Sefika Garibovic in die Schweiz, heute ist sie erfolgreiche Expertin für Nacherziehung und Konfliktmanagement. Garibovic stammt aus dem heutigen Montenegro, spricht also die Sprache vieler «Balkan-Machos» und kennt deren kulturellen Hintergrund.

### Die Behörden sagen, im Aargau gebe es kaum Probleme mit «Balkan-Machos» - deckt sich das mit Ihren Erfahrungen?

**Sefika Garibovic:** Nein, absolut nicht, rund drei Viertel meiner Klienten kommen aus dem Aargau. Es sind hier vielleicht etwas weniger Jugendliche, die aus Balkanländern stammen, dafür mehr Italiener, Portugiesen und Schweizer. Aber das Problem, dass Jungs ohne Erziehung die Mädchen beleidigen und sexuell belästigen, ist im Aargau sicher nicht kleiner als in anderen Kantonen.

### Laut dem Bildungsdepartement gibt es Schulsozialarbeit, Präventionskonzepte, den schulpsychologischen Dienst und das Inspektorat - sind das die richtigen Mittel, um das Problem anzugehen?

Aus meiner Sicht bringt das alles wenig - die Kinder und Jugendlichen brauchen Erziehung, keine Sozialarbeiter oder Psychologen, die ihnen

# Fischer und Naturschützer pochen auf Gewässerschutz

**Gewässerraum** Auch bei den ganz kleinen Bächen soll Gewässerschutzgesetz gelten

VON MATHIAS KÜNG

Die neuen Gewässerschutzbestimmungen des Bundes verpflichten die Kantone, entlang der oberirdischen Gewässer einen Gewässerraum auszuscheiden. Die Kantonsregierung hat inzwischen eine Umsetzungsvorlage erarbeitet. Die Kommission Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung (UBV) ihrerseits stimmte vor Wochenfrist den erforderlichen Anpassungen des kantonalen Baugesetzes einstimmig zu. Allerdings schlug sie für Gewässer ausserhalb der Bauzone Änderungen gegenüber dem Regierungsentwurf vor. So stimmte die Kommission mit 9 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung dafür, dass der Gewässerraum für Gewässer ausserhalb der Bauzone, die zwischen einem halben und 2 Meter breit sind, 11 Meter betragen soll. Ist ihre Gerinnesohle nicht breiter als ein halber Meter, wird kein Gewässerraum festgelegt. Für Bauten und Anlagen müsse dennoch jeweils ein Mindestabstand von 6 Metern eingehalten werden, teilte die Kommission vor einer Woche mit.

## Fünf Verbände protestieren

Jetzt baut sich massiver Widerstand auf. In einem gemeinsamen Communiqué verwahren sich der Aargauische Fischereiverband, aqua viva, Birdlife Aargau, Pro Natura Aargau und der WWF Aargau gegen diesen «miserablen Kommissionsvorschlag». Der Vorschlag für einen Verzicht auf einen Gewässerraum bei Bächen bis zu einem halben Meter Breite ausserhalb der Bauzone sei «ein inakzeptabler Vorschlag, der gegen Bundesrecht verstösst». Das schweizerische Gewässerschutzgesetz schreibe ausnahmslos bei allen Gewässern einen Gewässerraum vor, die auf der Landeskarte 1:25 000 eingezeichnet sind. Dieser Raum dürfe weder bebaut noch bewirtschaftet werden, um die natürliche Funktion der Bäche und Flüsse wiederherzustellen. Im Aargau seien über 300 km weniger als einen halben Meter breite Bäche auf der Karte eingetragen.

Wenn bis fast an die Ränder der Bäche In-

tenivlandwirtschaft betrieben werde, fehlten die für Wasserlebewesen essenziellen natürlichen Ufer und es bestehe die Gefahr von Gewässerverunreinigung. So könnten viele Kleinlebewesen, die den Fischen als Nahrung dienen, in beeinträchtigten Gewässern nicht überleben. Die Kommission riskiere «eine enorme Rechtsunsicherheit für Bauherren und Bauern, denn Einsprachen von Seiten Fischern und Umwelt sind garantiert, sollte das Gesetz in der Form vom Grossen Rat angenommen werden», so die Verbände.

## Für Revitalisierung



Regula Bachmann.

Die WWF-Präsidentin und CVP-Grossrätin Regula Bachmann hat am Dienstag eine Interpellation zum Thema Gewässerrevitalisierung eingereicht. Nach dem Volks-Nein zum Sparpaket stünden nun wieder 10 Prozent der Wasserzinsen für solche Massnahmen bereit, schreibt Bachmann. Sie will insbesondere wissen, wie viel von den Wasserzinsen künftig für Renaturierung, Vernetzung und ökologische Aufwertung der Gewässer verwendet wird. Aber auch, wie viel es braucht, damit man die strategische Revitalisierungsplanung voll umsetzen kann.

Kommissionspräsidentin Renate Gautschi respektiert die Haltung und Meinung der Umweltverbände, will sie aber nicht kommentieren. Die Kommission habe aufgrund der Vorlagen, Argumentation und Diskussion mit Mehrheitsbeschluss entschieden.

Und was sagt der Kanton? Laut Benno Schmid, Sprecher des Baudepartements, wird die Frage der Bundesrechtskonformität derzeit rechtlich abgeklärt. Susetta Burger, beim Kanton zuständig für das Thema, sagt, der Gesetzgeber gebe den Kantonen einen gewissen Spielraum. Er könne sich auf die 1 : 25 000-Karte oder auf das kantonale Gewässerinventar abstützen. Der Aargau setze auf den kantonalen Bachkataster. Der enthalte auch kleine Bäche, die nicht auf der 25 000er-Karte sind. Derzeit führt der Bundesrat eine Vernehmlassung für eine Änderung der Verordnung zum Gewässerschutzgesetz durch. Eine der Fragen, die er darin stellt, ist, ob man bei sehr kleinen Gewässern auf diesen Gewässerraum verzichten könne. Der Aargau wird dazu demnächst Stellung nehmen.

Die Bundesvorgaben bewirken, dass entlang der kleinen Fliessgewässer der Düngerverbottstreifen von bisher 3 auf 6 Meter verbreitert wird. Der Abstand von 6 Metern, welcher bereits bisher für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln berücksichtigt werden musste, bleibt hingegen unverändert.

Die Vorlage kommt wohl im Mai in den Grossen Rat. Gespannt darf man auf die rechtlichen Abklärungen des Kantons sein. Es dürfte eine lebendige Sitzung werden.

KOMMENTAR MEINUNGSSEITE

## Aargauer Gemeinden abgezockt - Geschäftsführer verhaftet

**Aufgeflogen** Das Baselbieter Unternehmen Office & Service Discount GmbH wollte Geld für Büromaterial, das weder bestellt noch geliefert wurde. Opfer waren auch Gemeindeverwaltungen im Aargau. Am Dienstag ist der Geschäftsführer inhaftiert worden.

VON BOJAN STULA

Der Geschäftsführer der Office & Service Discount GmbH ist vorläufig festgenommen worden. Der Sprecher der Baselbieter Staatsanwaltschaft, Michael Lutz, bestätigt gegenüber der az entsprechende Informationen aus dem Umfeld der in Lausen BL ansässigen Firma. Gemäss Lutz stellte die Staatsanwaltschaft gestern beim Zwangsmassnahmengericht einen Antrag auf Untersuchungshaft, um «potenzielle weitere Opfer vor Schaden zu bewahren».

Gegen den Geschäftsmann X. Y.\* läuft seit vergangener Herbst eine Strafuntersuchung wegen Verdachts auf gewerbemässigen Betrug und Widerhandlungen gegen das Bundesgesetz gegen unlauteren Wettbewerb.

## Schaden bis zu 300 000 Franken

Dem Betreiber der Firma wird vorgeworfen, in grossem Umfang ungerechtfertigte Rechnungen für angeblich gelieferte Drucker-Toner verschickt zu haben. In den publik gewordenen Fällen ist das Drucker-Zubehör allerdings nie bestellt, geschweige denn je geliefert worden (die az berichtete). Die mut-

massliche Schadensumme liegt laut der Baselbieter Staatsanwaltschaft zwischen 100 000 und 300 000 Franken. Offenbar hat der Beschuldigte trotz der laufenden Strafanzeige seine dubiosen Geschäfte bis zuletzt fortgesetzt.

## Zahlreiche Reklamationen

Das Konsumentenmagazin «Espresso» von Radio SRF titulierte das Unternehmen als «Abzockerfirma» und warnte die Öffentlichkeit davor, Rechnungen der Office & Service Discount GmbH zu bezahlen. Noch dazu seien die Preise völlig überrissen. Die zahlreichen Hörer-Reklamationen bewogen anschliessend das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), bei den Baselbieter Strafverfolgungsbehörden eine Anzeige gegen X. Y. zu erstatten.

Unter den zahlreichen Opfern befanden sich auch mehrere Gemeindeverwaltungen, welche die ungerechtfertig-

ten Rechnungen teilweise gleich mehrfach erhielten. In den Medien dokumentiert sind Klagen aus den vier Aargauer Gemeinden Kirchleerau, Safenwil, Islisberg, Kallern sowie aus dem luzernischen Nottwil.

Die kleine Bünztaler Gemeinde Kallern erhielt drei Rechnungen über insgesamt 13 000 Franken. Die Gemeindegemeinschaft von Kallern warnte nach dem Erhalt einer unberechtigten Rechnung über Fr. 1627.55 in einem Rundschreiben alle Aargauer Gemeindeverwaltungen und den Schweizer Gemeindeverband vor der Firma aus dem Baselbiet. Diese bezeichnet sich auf ihrer Homepage als «führendes Schweizer Unternehmen für Bürobedarf», was die Radiosendung «Espresso» als reine Erfindung entlarvte.

\* Name der Redaktion bekannt.



belästigt – dazu gehen die Meinungen auseinander.

SYMBOLBILD: THINKSTOCK

## brauchen Erziehung»

arbeitet mit Problemkindern - auch aus dem Aargau

zuhören. Wenn die Jungs ein Mädchen als Nute bezeichnen und sie begrabschen, zeigt dies auf, dass ihnen niemand Grenzen setzt, dass sie keinen Respekt haben.



Sefika Garibovic.

sen. Es ist ihre Aufgabe, die Kinder zu erziehen, den Jungs zu zeigen, wie man mit Mädchen umgeht, dass es nicht akzeptabel ist, sie zu beleidigen und ihnen an Brüste und Po zu fassen. Andererseits müssen die Eltern auch den Mädchen beibringen, dass sie sich nicht als Sexobjekt kleiden und jedem Jungen an den Hals werfen sollen.

## Und was kann die Schule, was können die Lehrpersonen tun?

Auf jeden Fall dürfen sie nicht wegschauen, stattdessen sind Zivilcourage und ein klarer Auftritt nötig. Wenn ein Lehrer einen Vorfall mitbekommt, muss er den Jugendlichen zur Rede stellen und ihm ganz klar sagen, welche Grenzen für ihn gelten. Jugendliche sehnen sich nach klaren Strukturen, nach Vorbildern, nach Führung. Da braucht es manchmal auch ein autoritäres Auftreten: Die Schüler müssen merken, dass der Lehrer der Chef ist, sie müssen ihn respektieren.

## Oder man schickt Jugendliche zur Nacherziehung zu Ihnen ...

Das ist natürlich auch eine Möglichkeit, aber ich würde mich freuen, wenn ich in diesem Bereich weniger Klienten hätte. Das geht aber nur, wenn die Eltern und Lehrpersonen ihre Aufgaben erfüllen. Momentan ist die Nachfrage noch sehr gross.

## Wie lässt sich das Problem mit diesen Jugendlichen denn lösen?

In erster Linie sind ganz eindeutig die Eltern gefragt, die ihren Kindern unbedingt Anstand, Respekt und korrektes Verhalten beibringen müs-

INSERAT

RIEGER

FRÜHLINGSDEGUSTATION

Weinkeller Riegger AG, Birrhard



Fr, 27. März, 16 bis 21 Uhr  
Sa, 28. März, 11 bis 17 Uhr

www.riegger.ch

